

Satzung von KUMMERNETZ e.V.

Satzung vom 14.10.2000 (Gründungsversammlung), zuletzt geändert von der Mitgliederversammlung am 10.05.2003.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

- (1) Der Verein führt den Namen "Kummernetz". Er hat seinen Sitz in Oerlenbach. Der Verein ist in das Vereinsregister einzutragen; nach der Eintragung lautet der Name "Kummernetz e.V."
- (2) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet am 31.12.2000.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" gemäß §§ 51 ff der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Vereins ist die Förderung der psychosozialen Gesundheitspflege, der Jugend- und Altenhilfe, der Hilfe für Zivilbeschädigte, Behinderte und Opfer von Straftaten sowie des Schutzes von Ehe und Familie im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Gründung bzw. Anregung von Filialen des Vereins oder von eigenständigen Vereinen auf den Gebieten von Österreich und der Schweiz sind beabsichtigt.
- (3) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Hilfe zur Selbsthilfe, Begleitung und Seelsorge im Internet zur Unterstützung von Menschen, die infolge ihres seelischen Zustands Hilfe suchen, darüber hinaus auch durch die Initiierung von Treffen Hilfesuchender, sowie gegebenenfalls durch Veranstaltung von Kursen und Fortbildungen.
- (4) Dem real existierenden Beratungssystem wird im Einzelfall durch Ermutigung zur Aufnahme einer Therapie zugearbeitet, sofern es aufgrund der jeweiligen Situation über den virtuellen Kontakt hinaus angebracht zu sein scheint.
- (5) Erste Hilfe zur Verarbeitung von Krisen wird angeboten.
- (6) Auf Wunsch werden Kontakte zu Einzelseelsorge und Exerzitien in Kooperation mit den Kirchen hergestellt, sowie Hinweise auf geeignete Kurse und Fortbildungshäuser vermittelt.

§ 3 Mittel des Vereins

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Interessen.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Gewinnanteile und keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die sich zu den Zwecken des Vereins bekennen. Stimmberechtigt sind Mitglieder

ab Vollendung des 12. Lebensjahres. Aufnahmeanträge müssen entweder schriftlich oder über ein Anmeldeformular des Vereins im Internet eingereicht werden.

- (2) Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Jugendliche unter 18 Jahren können nur mit schriftlicher Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters aufgenommen werden. Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/in die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die dann endgültig entscheidet.
- (3) Personen, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstandes zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei Mitglied im Verein.
- (3a) Der Verein unterstützt den Grundsatz der Chancengleichheit. Er wird niemanden wegen seiner Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Alter in irgendeiner Weise diskriminieren oder die Eignung zur Mitgliedschaft davon abhängig machen. Er wird ferner an keinen Aktivitäten von Organisationen teilnehmen, von denen bekannt ist, dass dort Personen diskriminiert werden. Der Verein wird diese Grundsätze auch seinen Mitgliedern auferlegen und über deren Einhaltung wachen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, Streichung von der Mitgliederliste, Austritt aus dem Verein oder Verlust der Rechtsfähigkeit der juristischen Person.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist die Austrittserklärung auch von den gesetzlichen Vertretern zu unterschreiben. Der Austritt kann nur zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von 2 Monaten einzuhalten ist.
- (3) Ein Mitglied kann auf Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen oder von Umlagen im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach der Absendung der zweiten Mahnung zwei Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung die Streichung angedroht wurde. Der Beschluss des Vorstands über die Streichung soll dem Mitglied mitgeteilt werden.
- (4) Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor Beschlussfassung muss der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme geben. Der Beschluss des Vorstands ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied per Einschreiben mit Rückschein zuzusenden. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet abschließend über den Ausschluss.

§ 6 Beiträge

- (1) Bei der Aufnahme in den Verein ist eine Aufnahmegebühr zu zahlen. Außerdem werden von den Mitgliedern Jahresbeiträge erhoben. Zur Finanzierung besonderer

Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins können durch Beschlussfassung der Mitgliederversammlung Umlagen erhoben werden. Umlagen sind nur zulässig, wenn sie die Höhe des für das jeweilige Mitglied gültigen Jahresbeitrages zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung nicht übersteigen.

- (2) Die Mitgliederversammlung legt in einer Beitragsordnung Höhe und Fälligkeit von Aufnahmegebühren und Jahresgebühren fest und entscheidet über Umlagen.
- (3) Ehrenmitglieder sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen und Umlagen befreit. Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen auf schriftlichen Antrag Gebühren, Beiträge und Umlagen ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

§ 7 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind

- (a) der Vorstand,
- (b) die Mitgliederversammlung,
- (c) der Beirat.

§ 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht mindestens aus drei Mitgliedern (dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Schatzmeister), die den Vorstand im Sinne des § 26 BGB bilden. Er kann durch maximal drei gewählte Beisitzer, ferner durch jeweils einen von einer Kooperationsstelle entsandten Interessensvertreter der Römisch-Katholischen Kirche, der Evangelischen Kirche und einer Fachberatungseinrichtung erweitert werden.
- (2) Der Verein wird im Sinne des § 26 BGB durch den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden oder den Schatzmeister vertreten, wobei jeweils zwei gemeinsam handeln müssen. Sie können sich gegebenenfalls auch fernschriftlich miteinander abstimmen. Bei ihrem Handeln haben sie sich stets von den Zielen des Vereins leiten zu lassen, insbesondere der Satzung, sowie Beschlüssen der Mitgliederversammlung, des Beirates und des Vorstandes. Die Vertretungsmacht des Vorstands ist in der Weise beschränkt, dass zu Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert über 5.100 Euro die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.
- (3) Mit Ausnahme der nach Abs. 3b und 3c entsandten Vertreter können nur Mitglieder des Vereins Vorstandsmitglieder werden. Insbesondere kann der Vorstand nach § 26 BGB nur aus Mitgliedern des Vereins bestehen. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein bzw. bei Beendigung einer die Entsendung nach Abs. 3b oder 3c bedingenden Kooperation endet auch das Amt als Vorstandsmitglied.
- (3a) Die Mitglieder des Vorstands im Sinne des § 26 BGB sowie die maximal drei gewählten Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein gewähltes Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die verbleibende Zeit der laufenden Amtsperiode. Eine Bestätigung der Nachwahl soll auf der nächstmöglichen Mitgliederversammlung erfolgen. Das ausscheidende Vorstandsmitglied ist verpflichtet, auf Wunsch des Restvorstands oder bei Ausscheiden zu Unzeit seine Vorstandsaufgaben noch für eine Übergangsfrist von

2 Monaten nach Bekanntgabe des Rücktritts auf Basis der vorstandsinternen Aufgabenverteilung abzuschließen. Ferner ist es verpflichtet, sämtliche Unterlagen seine Tätigkeit betreffend spätestens 3 Wochen nach Ablauf der Übergangsfrist einem Vorstandsmitglied zu übergeben. Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Verpflichtungen kann der Vorstand eine dem zusätzlichen Aufwand angemessene Geldstrafe bis zu 300 Euro verhängen.

- (3b) Einem deutschsprachigen Bistum der Römisch-Katholischen Kirche und einer evangelischen Landeskirche wird das Recht eingeräumt, im Falle einer Kooperation mit dem Verein jeweils ein stimmberechtigtes Mitglied in den Vorstand zu entsenden. In gleicher Weise kann maximal eine mit dem Verein kooperierende Beratungsinstitution ein stimmberechtigtes Mitglied in den Vorstand entsenden. Der diese Form der Kooperation behandelnde Kooperationsvertrag muss den Namen des zu entsendenden Vertreters enthalten und mit einfacher Mehrheit von der Mitgliederversammlung angenommen werden, die im Rahmen der vertraglich festgelegten Kündigungsfristen auch das Recht hat, den Kooperationsvertrag zu kündigen. Die reguläre Amtszeit eines Vertreters endet mit der Amtszeit des gewählten Vorstands. Neuerliche Entsendung ist möglich.
- (3c) Mit weiteren Bistümern, Landeskirchen bzw. Institutionen kann die in Abs. 3b genannte Form der Kooperation nur eingegangen werden, wenn sie sich mit bereits nach Abs. 3b kooperierenden Bistümern, Landeskirchen bzw. Institutionen auf jeweils einen gemeinsamen Vertreter einigen. In diesem Fall vertritt das jeweils in den Vorstand entsandte Mitglied die Interessen der gemeinsam entsendenden Bistümer, Landeskirchen bzw. Institutionen. Die Sätze 3-5 von Abs. 3b finden analog Anwendung. Andere Formen der Kooperation sind hiervon unberührt.
- (3d) Ein nach Abs. 3b entsandter Vertreter kann nicht gleichzeitig gewähltes Vorstandsmitglied sein. Scheidet ein entsandter Vertreter während der Amtsperiode aus, hat die entsendende Kirche bzw. Institution das Recht, für die verbleibende Zeit der laufenden Amtsperiode einen neuen Vertreter vorzuschlagen. Votiert der amtierende Vorstand binnen eines Monats gegen die Aufnahme des neuen Vertreters in den Vorstand, muss ein neuer Kooperationsvertrag geschlossen werden. Der ausscheidende Vertreter ist verpflichtet, sämtliche Unterlagen seine Tätigkeit betreffend spätestens 3 Wochen nach seinem Ausscheiden seinem Nachfolger oder einem gewählten Mitglied des Vorstands zu übergeben.
- (4) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung oder dem Beirat zugewiesen sind. Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere:
- (a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung, Aufstellung der Tagesordnung,
 - (b) Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
 - (c) Buchführung und Erstellung des Jahresberichts,
 - (d) Beschlussfassung über Aufnahmeanträge und Ausschlüsse von Mitgliedern.
- (5) Der Vorstand beschließt über die Verteilung einzelner Aufgaben.

§ 9 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands

- (1) Der Vorstand entscheidet durch Mehrheitsentscheidungen, die per Email, in Chat-Sitzungen oder fernmündlich erfolgen können. Diese Beschlüsse sind zu

dokumentieren. Ferner entscheidet er durch Beschluss in Vorstandssitzungen, zu denen er möglichst viermal jährlich, mindestens aber zweimal jährlich zusammentritt und über die eine Niederschrift anzufertigen ist. Die Einladung ergeht unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter. Für die Beschlussfähigkeit des Vorstandes genügt die Anwesenheit von drei Vorstandsmitgliedern, darunter die des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters.

- (2) Bei Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der erschienenen Vorstandsmitglieder, bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden die Stimme seines Stellvertreters.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist jährlich einmal außerhalb der Schulferien durch den Vorstand einzuberufen (ordentliche Mitgliederversammlung). Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn
 - a) bei weniger als 100 Mitgliedern mindestens 1/3
 - b) und bei 100 und mehr Mitgliedern mindestens 1/5der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt. Er kann weitere außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen, wenn er dies für erforderlich erachtet.
- (2) Die Einberufung einer Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich und ist den Mitgliedern mindestens vier Wochen vorher mitzuteilen. Die Frist beginnt mit dem der Absendung folgenden Tag. Die Einladung gilt als zugegangen, wenn sie an die letzte dem Verein schriftlich vorliegende Adresse herausgegangen ist. Die Tagesordnung ist bei der Einberufung bekannt zu geben. Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung einschließlich der Änderung des Vereinszwecks und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter mit einfacher Mehrheit. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorausgehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden. Jedes Mitglied kann einem anderen Mitglied schriftlich Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts erteilen.
- (4) Soweit diese Satzung oder die geltenden Gesetze nicht zwingend etwas anderes bestimmen, werden alle Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
- (5) Die Abwahl des Vorstands, Satzungsänderungen einschließlich der Änderung des Vereinszwecks und die Auflösung des Vereins können nur mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen Mitglieder beschlossen werden. Auf die vorgeschlagene Satzungsänderung ist in der Einberufung der Mitgliederversammlung besonders hinzuweisen. Satzungsänderungen aufgrund

- behördlicher Maßgaben (z.B. Auflagen oder Bedingungen) können vom Vorstand beschlossen werden. Sie sind in der nächsten Mitgliederversammlung vorzutragen.
- (6) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine wörtliche Niederschrift aufzunehmen, die von einem Mitglied des Vorstands und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- (6a) Bei Bedarf können einfache Entscheidungen der MV zusätzlich zur ordentlichen Mitgliederversammlung virtuell erfolgen. Sie sind rechtskräftig, wenn der abzustimmende Gegenstand eine Woche vor Beginn der Abstimmungsfrist allen Mitgliedern bekannt gemacht wurde, Gelegenheit zur Diskussion gegeben wird, die Abstimmungsfrist wenigstens 6 Tage umfasst und sich mindestens 25% der Mitglieder an der Abstimmung beteiligen. Virtuell getroffene Entscheidungen sind vom Vorstand zu dokumentieren.

§ 11 Rechte der Mitgliederversammlung

Der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- (1) die Festsetzung von Aufnahmegebühren, Jahresbeiträgen und Umlagen sowie deren Fälligkeit
- (2) die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern,
- (3) die Wahl der Kassenprüfer/innen,
- (4) die Bestätigung von Beiratsmitgliedern,
- (5) die Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Vorstands und des Gesamtjahresabschlusses,
- (6) die Entlastung des Vorstands,
- (7) die Änderung der Satzung einschließlich der Änderung des Vereinszwecks,
- (8) die Auflösung des Vereins,
- (9) die Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen,
- (10) die Festlegung der Vergütung hauptamtlicher Mitarbeiter,
- (11) weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach Gesetz ergeben.

§ 12 Der Beirat

- (1) Der Beirat des Vereins ist ein mit Fachleuten besetztes Beratungsgremium.
- (2) Er besteht aus höchstens zehn Beiratsmitgliedern, die möglichst die verschiedenen Interessensbereiche des Vereins repräsentieren: Psychologie, Therapie und Beratung, Telefonseelsorge, Sozialpädagogik und Diakonie, Pastoraltheologie, Kommunikationswissenschaft und Internet, Medien, Schule und Pädagogik. Beiratsmitglieder müssen nicht gleichzeitig Mitglieder des Vereins sein.
- (3) Beiratsmitglieder werden durch den Vorstand nach Einholung eines positiven Meinungsbildes bei den Mitgliedern in den Beirat berufen. Die Berufung bedarf der Bestätigung durch die nachfolgende Mitgliederversammlung.
- (4) Der Vorstand lädt den Beirat mindestens einmal jährlich unter Einhaltung einer Frist von 2 Monaten und bei Bedarf auch zusätzlich unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen zu Vorstandssitzungen ein.
- (5) Der Beirat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus seinen Mitgliedern zu bestimmen.

- (6) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende.
- (7) Ein Protokoll der Beiratssitzungen ist jeweils anzufertigen und jeweils dem Vorstand zu übergeben. Alle Vorstandsmitglieder sollen die Kenntnisnahme des Protokolls einzeln bestätigen.

§ 13 Kassenprüfung

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von 2 Jahren zwei Personen zur Kassenprüfung. Diese dürfen nicht Mitglied des Vorstands sein. Wiederwahl ist grundsätzlich zulässig. Liegt die Mitgliederzahl des Vereins jedoch zum Zeitpunkt der Wahl höher als 100 Mitglieder, so ist lediglich eine einmalige Wiederwahl zulässig.
- (2) Die Kassenprüfer/innen haben die Kasse des Vereins einschließlich der Bücher und Belege mindestens einmal im Geschäftsjahr sachlich und rechnerisch zu prüfen und dem Vorstand jeweils schriftlich Bericht zu erstatten. Die Kassenprüfer/innen erstatten der Mitgliederversammlung einen Prüfungsbericht und beantragen bei ordnungsgemäßer Führung der Kassengeschäfte die Entlastung des für die Kasse unmittelbar verantwortlichen Vorstandsmitgliedes und der übrigen Vorstandsmitglieder.

§ 14 Auflösung des Vereins

- (1) Über die Auflösung des Vereins beschließt eine eigens zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung.
- (2) Für die Auflösung ist eine qualifizierte Mehrheit von drei Viertel aller erschienenen Mitglieder des Vereins erforderlich. Die Mitgliederversammlung ernennt zur Abwicklung der Geschäfte drei Liquidatoren. Bis zu deren Ernennung sind Vorsitzender und Stellvertreter gemeinsam stellvertretungsberechtigte Liquidatoren.
- (3) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall der steuerlichen Vergünstigungen fällt das verbleibende Vermögen an den Verein „Telefonseelsorge und Krisendienst Würzburg e.V.“, Friedrich-Ebert-Ring 24, 97072 Würzburg, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Bestimmungen in Absatz (2) gelten wie im Falle einer Liquidation.
- (4) Vorstehende Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus anderem Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

Sulzbach/Taunus, den 14. Oktober 2000.

Fellbach, den 04. Mai 2002.

Würzburg, den 10. Mai 2003.